



Eine bunte, vielfältige Gesellschaft und ein friedliches Miteinander der unterschiedlichsten Kulturen. Dafür setzt sich das Forum für Menschen mit Migrationshintergrund in Lübeck ein. Anlässlich des fünften deutschen Diversity-Tages (zu deutsch: Vielfältigkeit) lud das Forum am Dienstagabend zur Fachdiskussion. Der bundesweite Tag steht unter dem Motto „Flagge zeigen für Vielfalt“ und ist eine Aktion der Charta der Vielfalt, einer Unternehmerinitiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen und Institutionen. „Wir verstehen die Vielfalt als Potenzial für die Gesellschaft und die Unternehmen“, sagte Spyridon Aslanidis, Vorsitzender des Forums, das sich für die Belange der Einwohnerinnen und Einwohner Lübecks mit Migrationshintergrund einsetzt. Demnach sei ein Austausch mit verschiedenen Institutionen nötig, um die Chancen zu nutzen. Um die Frage, wie sich die Gesellschaft in zehn Jahren hinsichtlich Integration, Inklusion und Vielfalt in Gesellschaft und Unternehmen verändere, ging es in der Diskussion. Aslanidis sprach dazu mit Dr. Jonathan Kohlrausch, Referent für Chancengleichheit der Uni Lübeck, Tamara Bogic, zuständig für gesellschaftliche Integration im Innenministerium Schleswig-Holstein, Jahan Mortezaei von der Awo und Henning Brusdeilins, DaZ-Koordinator der Lübecker

Die Entwicklungen hin zu einer gerechteren Einbindung von Migranten in die Gesellschaft und Unternehmen seien grundsätzlich positiv, so der Tenor während der Gespräche. Eine große Sorge sei jedoch das Erstarren des rechtsradikalen Denkens, resümierte Dr. Jonathan Kohlrausch von der Uni. „Viele versuchen, eine Integration in die Arbeitswelt zu erschweren.“ Gerade deshalb müsse die Zivilgesellschaft eng zusammenstehen. Auch im Bildungsbereich gebe es Herausforderungen, wie Henning Brusdeilins erklärte. „Wir müssen die Jugendlichen in die Berufe bringen. Doch für viele junge Migranten ist es einfach nicht machbar in der vorgeschriebenen kurzen Zeit.“ Da seien Verbesserungen nötig. Das sagte auch Spyridon Aslanidis, Vorsitzender des Forums für Migranten. „Wir brauchen eine differenzierte Herangehensweise. Sowohl in den Institutionen, als auch in der Politik.“ Und auch der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein sieht die Politik in der Pflicht. Er fordert, dass „sich die Politiker, die sich derzeit in Koalitionsverhandlungen befinden, für Vielfalt in Unternehmen und Institutionen einsetzen“, heißt es in einer Mitteilung. Er

Artikel veröffentlicht: 31.05.2017 21:10





FORUM FÜR
MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN
IN DER HANSESTADT LÜBECK

10 JAHRE

FORUM FÜR MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN
IN DER HANSESTADT LÜBECK

SAMSTAG, 15. JULI 2017

14:00 - 18:00 Uhr

**Aula der VHS-Lübeck
Falkenplatz 10
23564 Lübeck**

www.forum-hl.de



„Integration in Schleswig-Holstein“

Ausblick der neuen Landesregierung!

Staatssekretär für Integration Torsten Geerds

Grußworte

Gastgeberin Christiane Wiebe
Senator Sven Schindler für die Hansestadt Lübeck

„10 Jahre FORUM“

Was wurde erreicht? Was wird aktuell?

Inga Gottschalk und Spyridon Aslanidis
Forumsvorstand

15:00 - 15:20 Uhr Initiative Mehrsprachigkeit
Mehrsprachiges Erzähltheater für Kinder und Erwachsene

15:30 - 16:30 Uhr Diskussionsrunde

„Perspektiven und Ziele auf Landesebene“

Vorstandsmitglieder der Foren in Kiel, Flensburg, Neumünster und Lübeck.
Mitwirkung der Servicestelle Partizipationsgremien SH. Moderation: Nadine Kühl

17:00 - 18:00 Uhr Live Musik

Musikcafé international der Tontalente und Sin Fronteras

parallel: Afrikanischer Trommelworkshop für Kinder und Erwachsene !
von 13:30 bis 15:00 und von 15:30 bis 17:00 Uhr

...Für das leibliche Wohl ist gesorgt!

Zehn Jahre Forum für Migranten

Mitglieder ziehen positive Bilanz – Anforderungen wandeln sich stetig

St. Jürgen. Das Forum für Migrantinnen und Migranten feiert seinen zehnten Geburtstag. Am 29. Juni 2006 hatte die Bürgerschaft die Gründung dieses ehrenamtlich geführten Forums beschlossen, damit Migranten selbst an der Entwicklung eines Integrationskonzeptes beteiligt werden konnten. Ein Jahr später, im September 2007, wurde der erste fünfköpfige Vorstand im Rathaus gewählt. Zu diesem Jubiläum präsentierten die gegenwärtigen Vorstandsmitglieder jetzt einen Ausblick, wohin sich die Arbeit in Zukunft entwickeln wird.

„Auch in der Landespolitik gibt es endlich einen Paradigmenwechsel“, sagte dazu Spyridon Aslanidis, Vorstandsvorsitzender des Forums. Man habe begriffen, dass Integration jetzt und in Zukunft ein zentrales Thema sein müsse. Ein Ziel des Lübecker Forums wird deswegen auch darin bestehen, ein Gremium einzurichten, das an für Integrationsfragen bedeutsamen Themen arbeitet, die auf landespolitischer Ebene angesiedelt sind. „Dazu gehören zum Beispiel die Themen Schulbildung, frühkindliche Bildung und Anhebung der Al-



Feiern zehn Jahre Forumsarbeit: Jahan Mortezaei, Sozialsenator Sven Schindler (SPD), Inga Gottschalk, Aneta Wolter, Spyridon Aslanidis und Anke Seeburger (v. l.) von der Stabsstelle Integration.

FOTO: LUISA JACOBSEN

tersgrenze bei der Berufsschulpflicht“, erklärte Vorstandsmitglied Aneta Wolter.

Wichtig ist dem Forum aber auch die Klarstellung, dass Migrationsarbeit nicht mit Flüchtlingsarbeit gleichzusetzen ist. „Wir haben uns seit 2014 natürlich viel mit Flüchtlingsarbeit beschäftigt“, berichtete Inga Gottschalk, ebenfalls Vorstandsmitglied. Es sei aber problematisch, Flüchtlinge und Migran-

ten aus ganz verschiedenen Herkunftsländern in einen Topf zu werfen. „Flüchtlingsarbeit ist nach unserer Ansicht immer besser zu leisten, wenn es schon ein funktionierendes Integrationskonzept gibt“, ergänzte Ratsmitglied Jahan Mortezaei. Und zu dem hat das Forum für Migranten seit seiner Gründung einen großen Beitrag geleistet – gefeiert wird das übrigens am 15. Juli in der Volkshochschule. |j

HANSESTADT LÜBECK

Sonntag/Montag, 24./25. Dezember 2017

Migrationforum will mehr Mitsprache

Institution liebäugelt mit eigenem Bürgerschaftsausschuss, einer Stabsstelle beim Bürgermeister und einem Integrationstag

Lübeck. Das Forum für Migrantinnen und Migranten, das sich als Interessenvertretung von 50 000 Lübeckern versteht, erhofft sich vom künftigen Bürgermeister Jan Lindenau (SPD) mehr Mitspracherechte. Doch der SPD-Politiker bremste den Schwung des Forum-Vorstands.

Bei den Allgemeinplätzen zur modernen, vielfältigen und offenen Gesellschaft waren sich das vor zehn Jahren gegründete Migrationforum und der künftige Ver-

waltungschef, der am 1. Mai das Amt übernimmt, bei einem Treffen noch einig. Doch bei den konkreten Vorhaben, die das Forum anstrebt, trat Lindenau auf die Bremse. So liebäugelt die Interessenvertretung mit einem eigenen Bürgerschaftsausschuss. „Wir haben bisher weder Antrags- noch Rede-recht“, sagte Forumsmitglied Jahan Mortezaei, „deshalb wollen wir einen eigenen Ausschuss.“ Schließlich hätten die Kleingärtner früher auch einen Ausschuss gehabt.

Das Gremium soll Ausschuss Integration & Teilhabe heißen. Lindenau riet dringend davon ab. Erstens sei mit einem Ausschuss ein Regelwerk verbunden, „worunter Ihre Arbeit leiden könnte“. Außerdem könnte es nach der Kommunalwahl möglich sein, „dass die AfD feste Sitze in dem Ausschuss bekommt“. Lindenau riet dem Forum, in Sachfragen die Stimme zu erheben.

Als weiteren Wunsch meldete das Forum an, dass die Stabsstelle

Integration nicht mehr Sozialsenator Sven Schindler (SPD), sondern direkt dem Bürgermeister unterstehen sollte. Spiridon Aslanidis, Vorsitzender des Forums, hatte gleich einen neuen Namen parat: Stabsstelle für Integration und Vielfältigkeit.

Schindler erinnerte daran, dass die Stabsstelle unter seiner Zuständigkeit von zwei auf fünf Stellen gewachsen sei. Der Senator: „Wir nehmen diese Themen sehr ernst.“ Lindenau stellte klar: „Ich bin kein

großer Verfechter einer Stabsstelle beim Bürgermeister. Die kann beim Fachbereich von Senator Schindler bleiben.“

Dem Wunsch nach einem „Tag der Integration“ in Lübeck steht der künftige Bürgermeister eingeschlossen gegenüber. Für den Vorschlag, dafür den 18. Dezember – die Vereinten Nationen machen an diesem Tag auf die Rechte von Einwanderern aufmerksam – zu wählen, konnte sich Lindenau aber nicht erwärmen. dor

Freitag, 5. Mai 2017

Bekanntnis zu Integration

Kandidaten fordern neues Ministerium – Aufgaben sollen gebündelt werden

Lübeck. Schleswig-Holstein soll ein Integrationsministerium bekommen. Das hat der Spitzenkandidat des SSW, Lars Harms, auf einer Veranstaltung des Forums für Migranten und Migrantinnen Lübeck erklärt. Politiker von Grünen und Linken schlossen sich dem Vorschlag an.

„Integration reicht vom Sprachkurs bis zur Schulsozialarbeit“, sagte Harms, „diese Aufgaben sind bisher auf verschiedene Ministerien verteilt.“ Gehe es um Integration in den Arbeitsmarkt, sei das Wirtschaftsministerium gefragt. Gehe es um minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge, komme das Sozialmi-

nisterium ins Spiel. Bei Fragen rund um Beschulung sei das Bildungsministerium zuständig. „Das kann man besser organisieren.“, sagte Harms. In skandinavischen Staaten und einigen Bundesländern gebe es bereits Integrationsministerien. Der SSW-Politiker: „Integration ist eine Aufgabe, die uns nicht nur die nächsten zehn Jahre beschäftigen wird.“ Katjana Zunft, Kreisvorsitzende der Linken und Landtagsbewerberin: „Ein Integrationsministerium ist logisch.“ Auch Burkhard Peters, flüchtlingspolitischer Sprecher der Grünen und Landtagsbewerber aus Mölln, hält es für richtig, die Aufgaben zu bün-

deln. Peters stellt sich vor, Integration entweder im Sozial- oder im Innenministerium zu konzentrieren. Thomas Rother, Justiz- und Finanzexperte der SPD, sieht das kritisch: „Gelder für Projekte sind wichtiger als ein neuer Apparat.“

Das Migrationsforum, das sich als Sprachrohr von knapp 50 000 Bürgern mit Migrationshintergrund versteht, hatte sieben Landtagsbewerber geladen. Neben Harms, Zunft, Rother und Peters saßen Gregor Voht (Freie Wähler) und Anette Röttger (CDU) auf dem Podium. Die FDP hatte niemanden geschickt, AfD und Piraten waren nicht eingeladen worden. Für das Forum war es ein guter Tag, denn alle Politiker bekannten sich uneingeschränkt zur Integration. „Wir müssen noch erheblich mehr tun“, sagte Voht. Rother kündigte an, dass der Deutsch-als-Zweitsprache-Unterricht personell verstärkt werde: „Dafür werden wir die Mittel bereitstellen.“ Die CDU habe Zuwanderung und Integration eine ganze Seite im Wahlprogramm gewidmet, erklärte Röttger. „Mit uns wird es ein Integrationsgesetz geben.“ Der Grünen-Politiker Peters sprach sich dafür aus, Institutionen wie dem Migrationsforum künftig feste Landesgelder zur Verfügung zu stellen. Das war unter den anderen Politikern allerdings umstritten. *dor*



Diskutierten über Integration: Gregor Voht (Freie Wähler, v. l.), Lars Harms (SSW), Thomas Rother (SPD), Katjana Zunft (Linke), Anette Röttger (CDU) und Burkhard Peters (Grüne).

FOTO: FELIX KÖNIG

Sonnabend, 31. Dezember 2016

Mit Kerzen gegen eine Spaltung der Gesellschaft

Das Forum für Migranten in der Hansestadt gedachte vor dem Haus der Kulturen mit einer Mahnwache der Opfer von Berlin

Innenstadt. Für sie hat der Schriftzug über dem Durchgang des Holstentors eine große Bedeutung: Mitglieder des Forums für Migranten in der Hansestadt hielten gestern bei einer kurzen Mahnwache vor dem Haus der Kulturen an der Parade große Zettel mit dem Schriftzug „Concordia domi foris Pax“ in den Händen. „Unser Ziel ist ein friedliches Miteinander und Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund“, sagt Spyridon Aslanidis, erster Vorsitzender des Forums.

Mit einer kurzen Schweigeminute gedachten die rund 20 Teilneh-

mer der Veranstaltung der Opfer des Anschlags auf dem Berliner Weihnachtsmarkt. Das Forum, das als Interessenvertretung außerhalb der Verwaltung gilt, vertritt die Stimmen von rund 47 000 Migranten, die in der Hansestadt leben. Rund 120 Mitglieder, darunter auch Vereine und Organisationen, gehören dem Forum an, das im kommenden Jahr sein zehnjähriges Bestehen feiert.

Im Anschluss an die Mahnwache trafen sich Mitglieder des Forums, um sich auszutauschen, wie man in Zukunft auf Anschläge und Terror reagieren will. Dabei wurde

teils kontrovers diskutiert, am Schluss waren sich aber alle einig. Terror dürfe keinen Unfrieden stiften und Menschen gegeneinander aufhetzen. Besonnenheit und Deeskalation sei deshalb das Gebot der Stunde. „Schweigen ist keine Lösung“, findet auch İlhan İzsozen vom Haus der Kulturen. „Wir dürfen kein Schubladendenken zulassen“, findet Leman Stehn, Teilnehmerin der Mahnwache. Spyridon Aslanidis beobachtet den Rechtsruck in der Bevölkerung mit Sorge. Er sorge für eine Spaltung in der Gesellschaft, findet er. „Es bringt uns alle nicht weiter.“ *mg*



Das Forum für Migranten lud zu einer Mahnwache ein. Rund 20 Teilnehmer nahmen vor dem Haus der Kulturen daran teil.

FOTO: MAJKA GERKE